

Wird China für „Verluste und Schäden“ durch den Klimawandel aufkommen?

geschrieben von Chris Frey | 5. November 2023

[David Wojick](#)

Normalerweise verabscheue ich das schwachsinnige Thema „Verluste und Schäden“, das auf der bevorstehenden COP-28-Spektakelkonferenz behandelt wird. Aber im Moment liebe ich es, weil es die längst überfällige Frage nach Chinas Status als sogenanntes Entwicklungsland aufgeworfen hat.

Die einfache Frage lautet: Wird China in den neuen Fonds für Verluste und Schäden einzahlen? Vorausgesetzt, sie bringen ihn jemals zum Laufen. Es liegt auf der Hand, dass dies der Fall sein sollte, und viele Länder fordern dies, darunter auch die USA, die dies sogar zur Bedingung für ihre Beteiligung machen könnten.

Ich meine, China ist doch der größte CO₂-Emittent der Welt, oder? Das Land produziert mehr Strom als die USA, die EU und das Vereinigte Königreich zusammen, hauptsächlich durch die Verbrennung von Milliarden Tonnen Kohle pro Jahr. Was könnte einfacher sein?

Nun, es stellt sich heraus, dass es wirklich kompliziert ist, ausgerechnet aus rechtlichen Gründen. COP 28 ist die 28. Konferenz der Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention von 1992, des großen Klimavertrags also, den alle unterzeichnet haben.

Das Kernstück dieses gewaltigen Vertrags ist die Unterteilung in Industrie- und Entwicklungsländer. China war 1992 bitterarm und stand daher natürlich auf der Liste der Entwicklungsländer. Heute ist das Land das industrielle Kraftzentrum der Welt, aber die Liste wurde nicht geändert.

Der Fonds für Schäden und Verluste fällt ebenfalls unter diesen Vertrag, so dass er Gelder von Industrieländern annehmen und an Entwicklungsländer verteilen soll. Es ist also nicht vorgesehen, dass China zahlt – ein Punkt, den China immer wieder gerne anführt. Verzeihung.

Die offensichtliche Lösung besteht darin, den UN-Klimavertrag so zu ändern, dass er die Realität reflektiert, aber das wäre eine fast unmögliche Aufgabe, zumal jedes COP-Mitgliedsland ein Veto gegen jede Änderung einlegen kann.

Wenn man sich die Liste der großen CO₂-Emittenten ansieht, wird schnell klar, dass wir nicht nur über das mächtige China sprechen. Dank ihres

wunderbaren wirtschaftlichen Fortschritts in den letzten 20 Jahren emittieren viele dieser Entwicklungsländer heute viel mehr als einige der Industrieländer.

China ist die Nummer 1 bei den CO₂-Emissionen, aber Indien liegt auf Platz 3, der Iran auf Platz 8, Indonesien auf Platz 10, Brasilien auf Platz 12, Mexiko auf Platz 13, und so weiter. Die Festlegung der Zahlungspflichtigen auf der Grundlage der Emissionen würde eine Büchse der Pandora öffnen und zu unmöglichen Streitigkeiten führen. Immerhin ist Dänemark die Nummer 70.

Die Berichterstattung in den Medien ist wie immer hoffnungslos. Diesem Thema wird fast keine Aufmerksamkeit geschenkt. Im Großen und Ganzen ist ihre gesamte Sichtweise falsch, da sie immer wieder sagen, der nächste Schritt sei, die Details auszubügeln. Das Gegenteil ist der Fall.

Bei UN-Verhandlungen geht man immer von den einfachen Fragen zu den mittleren und schließlich zu den wirklich schwierigen Fragen über, und genau da sind wir jetzt. Wer zahlt, wie viel und an wen, das sind keine Details. Es sind die Kernfragen, die über Leben und Tod entscheiden. Die Frage, die die ganze Aufmerksamkeit auf sich zieht, ob die Weltbank das Geld verwaltet oder ein neuer UN-Fonds, ist im Vergleich dazu winzig.

Eine weitere große Verwirrung in der Presse ist die wiederholte Beschreibung von Verlusten und Schäden als Zahlungen der reichen Länder für die von ihnen verursachten Klimaschäden. Die grünere Version ist, es Reparationen zu nennen.

Im UN-Text steht nichts über Verursachung oder Haftung. Er liest sich wie eine Vereinbarung, dass die Industrieländer den Entwicklungsländern Hilfe für eine bestimmte Ursache zukommen lassen, nämlich für klimabedingte (eigentlich wetterbedingte) Verluste und Schäden. Das Fehlen einer Haftungsregelung war eine Voraussetzung dafür, dass die USA und einige andere Industrieländer zustimmten, einen Fonds einzurichten. Sollte dieser Fonds jemals eingerichtet werden, was zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen ist, werden die USA ihre Beiträge sicher als Auslandshilfe betrachten. Sicherlich nicht als Reparationen.

In der Zwischenzeit sieht es ziemlich unmöglich aus, dass China zahlen wird. China hat zwar erklärt, dass es keinen Anteil an der Hilfe haben will, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass das Land bei weitem der größte CO₂-Emittent der Welt ist.

Im Moment sieht das alles ziemlich komisch aus, und genau das gefällt mir.

Bleiben Sie auf CFACT dran, wenn das Fiasko der COP 28 mit Verlusten und Schäden seinen Lauf nimmt.

Link:

<https://www.cfact.org/2023/10/31/will-china-pay-climate-change-loss-and->

Setzen Auto- und Energiekonzerne auf Profite im Jahre 2024?

geschrieben von Chris Frey | 5. November 2023

Larry Bell

Der Autor gibt zwar zu, dass er einen Hang zur Wehmut hat, aber er kann nicht umhin, sich zu fragen, ob das Zurückweichen der Automobilindustrie bei den staatlichen Auflagen für die Produktion von Elektrofahrzeugen (EVs) und das Drängen der Öl- und Gasunternehmen auf größere Reserven während ihres Krieges gegen fossile Brennstoffe darauf hindeuten, dass sie eine bevorstehende Verbraucher- und Wählerrevolte voraussehen.

Es ist eine Sache, die Öffentlichkeit zu fragen, ob sie „saubere Energie“ unterstützt, was in der Regel in Begriffen ausgedrückt wird, die das lebenswichtige, Pflanzen nährende CO₂ als Klimaverschmutzung brandmarken, und eine ganz andere, zu fragen, was sie bereit ist, für diese grünen Fantasien in Form von erhöhten Zapfsäulen- und Heizkosten, Lebensmittel- und Rohstoffinflation und einer künstlich reduzierten Auswahl auf dem Automobilmarkt zu zahlen.

Kunden, die erwarten, dass sie die zusätzlichen durchschnittlichen Kelley Blue [Book-Kosten](#) von 11.000 Dollar oder mehr für den Kauf eines Plug-in-Autos im Vergleich zu einem benzinbetriebenen Auto in voller Größe und fast 30.000 Dollar mehr als der durchschnittliche Kompaktwagen in Bezug auf die Nettokilometerleistung ausgleichen können, sind wahnhaft, da „Benzinfresser“ durch „Stromfresser“ ersetzt werden.

Was die Elektroautos betrifft, so ist es eine einfache Tatsache, dass der Großteil der Öffentlichkeit sie nicht kauft, vor allem weil sie mehr kosten und lange, ungewisse Ladezeiten für lange Fahrten erfordern.

Was die Rettung des Planeten vor dem Klimawandel angeht, so würde laut einer [Umweltverträglichkeitsprüfung](#), die den neu vorgeschlagenen Kraftstoffstandards des Verkehrsministeriums beigelegt ist, eine jährliche Erhöhung der vorgeschriebenen Anforderungen um 2 % die globale Durchschnittstemperatur im Jahr 2060 um 0,000 % senken.

Trotz großzügiger Subventionen durch den Steuerzahler hat sich der Verkauf von E-Fahrzeugen aufgrund einer begrenzten Zahl von Kunden

[verlangsamt](#). Sean McLain vom [Wall Street Journal](#) stellt fest: „Die erste Welle von Käufern, die bereit sind, einen Aufpreis für ein batteriebetriebenes Auto zu zahlen, hat den Kauf bereits getätigt, sagen Händler und Führungskräfte, und die Autohersteller haben es nun mit einer zögerlicheren Gruppe zu tun, gerade jetzt, wo eine Flut neuer EV-Modelle in den kommenden Jahren bei den Händlern erwartet wird.“

Angesichts der sinkenden Nachfrage hat Ford seinen Plan, jährlich 600.000 Elektroautos zu produzieren, von Ende dieses Jahres auf Ende 2024 verschoben. Da die Verkäufe dieses Modells ins Stocken geraten sind, erwägt das Unternehmen Berichten zufolge, die Produktion seines Elektro-Lkw F-150 Lightning zu [beenden](#).

Laut James Farley, CEO von Ford, hat sein Unternehmen im ersten Quartal dieses Jahres bei jedem verkauften Elektrofahrzeug fast 60.000 Dollar [verloren](#), was vor allem auf die hohen Batteriekosten zurückzuführen ist. Ford hat vorübergehend eine der Produktionsschichten für den Elektro-Pickup gekürzt und den **Bau einer 3,5 Milliarden Dollar teuren Batteriefabrik in Michigan gestoppt**. General Motors hat [erklärt](#), dass es die Eröffnung einer geplanten großen [Fabrik](#) für Elektro-Lkw in Michigan um ein Jahr verschieben wird.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Unterdessen gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Öl- und Gaskonzerne ihr Kerngeschäft in absehbarer Zeit den Klimaalarm-Kartellen überlassen werden.

Ganz im Gegenteil, wir erleben in diesem Monat, was das Wall Street Journal als „den Geruch von Fusionen und Übernahmen in der Luft“ charakterisiert, nachdem [Öl-Megadeals](#) im Wert von mehr als 110 Milliarden Dollar zur Aufstockung von Beteiligungen getätigt wurden.

ExxonMobil kaufte Pioneer für 59,5 Mrd. \$, was wiederum die Konkurrenten offenbar unter Druck setzte, selbst wettbewerbsfähige Käufe zu tätigen. [Chevron](#) unterzeichnete eine 53 Milliarden Dollar schwere Vereinbarung zur Übernahme von Hess, [Devon Energy](#) hat ein Auge auf [Marathon Oil](#) und CrownRock geworfen, und [Chesapeake Energy](#) erwägt Berichten zufolge ein Angebot für [Southwestern Energy](#).

[Dan Pickering](#), Chief Investment Officer bei Pickering Energy Partners, stellte fest: „die FOMO-Komponente (Angst, etwas zu verpassen) wird nur noch zunehmen. Wenn wir noch ein oder zwei Deals sehen, könnte sich eine Knappheitsprämie herausbilden“.

Dieser Trend wirkt hoffentlich der jüngsten liberalen, Behörden-übergreifenden Politik entgegen, die fossile Energieunternehmen mit strafenden ESG-Anforderungen (Environmental Social Guidance) in die Enge getrieben hat, einschließlich Investitionen in Geld verlierende „grüne Alternativen“.

Während die Bohrunternehmen seit dem Amtsantritt von Joe Biden weitgehend einen Kotau vor den ESG-Anforderungen gemacht haben, wäre eine neue, Kohlenwasserstoff-freundliche Regierung und ein neuer Kongress ein großer Segen für ihre Rentabilität und die amerikanische Energieunabhängigkeit.

In der Zwischenzeit sind Bohrungen nicht nur im Interesse der USA – die weltweite Ölnachfrage übertraf im vergangenen Monat ihren letzten Höchststand, der im August 2019 mit 102,3 Millionen Barrel pro Tag erreicht wurde – vor COVID.

Der saudi-arabische Energieminister Prinz Abdulaziz bin Salman sagte, die jüngsten milliardenschweren Übernahmen kleinerer Konkurrenten durch die US-amerikanischen Ölkonzerne ExxonMobil und Chevron zeigten, dass die Kohlenwasserstoffe „hier sind, um zu bleiben“.

Dementsprechend investiert sein Land massiv in die Erhöhung seiner Ölförderkapazität um eine Million Barrel pro Tag (bpd) auf 13 Millionen bpd bis 2027.

Zur Unterstützung dieser Politik geht der Generalsekretär der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) davon aus, dass die weltweite Ölnachfrage bis 2045 um 23 % zunehmen und in etwa 20 Jahren auf 110 Millionen Barrel pro Tag steigen wird.

Einem Bericht des Internationalen Energieforums (IEF) und von S&P Global Commodity Insights zufolge sind die Investitionsausgaben für Öl und Gas im Jahr 2022 um 39 % auf 499 Mrd. USD gestiegen, das ist der höchste Stand seit 2014 und der größten Zuwachs in der Geschichte des Landes.

Darüber hinaus geht das IEF davon aus, dass die jährlichen weltweiten Investitionen bis 2030 auf 640 Mrd. USD steigen müssen, um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen.

Wer wird diese Nachfrage befriedigen?

Die Antwort – eine dringende Frage der nationalen Sicherheit – wird davon abhängen, wen die Amerikaner im Jahr 2024 in das Oval Office und die Mehrheit im Kongress wählen.

This article originally appeared at [NewsMax](#).

Autor: CFACT Advisor [Larry Bell](#) heads the graduate program in space architecture at the University of Houston. He founded and directs the Sasakawa International Center for Space Architecture. He is also the author of „Climate of Corruption: Politics and Power Behind the Global Warming Hoax.“

Link:

<https://www.cfact.org/2023/11/02/are-auto-and-energy-companies-betting-on-24-wins/>

Die unmenschliche Natur der *Net Zero*-Politik

geschrieben von Chris Frey | 5. November 2023

Ken Haapala, President, Science and Environmental Policy Project (SEPP)

Net Zero: Das vielleicht abstoßendste Merkmal von Net Zero oder dem von der UNO, der EU, den USA und Kanada befürworteten Green New Deal ist die Verweigerung erschwinglicher, zuverlässiger Elektrizität für die Regionen, in denen viele Menschen in extremer Armut leben. Nach Angaben von *Our World in Data* lebten 1990 etwa 2 Milliarden Menschen in extremer Armut (weniger als 2,15 Dollar pro Tag, bereinigt um Kaufkraft und Inflation). Davon lebten etwa 1,6 Milliarden (80 %) in Ostasien und dem Pazifik sowie in Südasien. Etwa 270 Millionen (13,5 %) lebten in Afrika südlich der Sahara.

Dank Änderungen in der Regierungspolitik in China und den meisten südasiatischen Ländern sank die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen dort 2019 auf etwa 180 Millionen. Das sind etwa 28 % der 650 Millionen Menschen, die weltweit noch in extremer Armut leben. Kein Wunder, dass die Behauptungen über eine Klimakrise, die von der UN und dem IPCC erhoben werden, von China und den meisten asiatischen Ländern ignoriert werden. Sie beruhen auf den Ergebnissen von Klimamodellen, die physikalischen Beweisen nicht standhalten. Chinesische und andere Wissenschaftler verstehen die Geschichte des Klimawandels und die Bedeutung der Armutsbekämpfung, die der IPCC und seine Anhänger ignorieren.

Im Jahr 2019 ist die Region mit der größten Anzahl von in extremer Armut lebenden Menschen Subsahara-Afrika mit etwa 390 Millionen von insgesamt etwa 650 Millionen, die weltweit noch immer in extremer Armut leben, das sind etwa 60 %. Dank starker Exporteinnahmen, die nicht von EU-Importanforderungen abhängig sind, können China und die meisten asiatischen Länder die falschen Behauptungen der UN, der USA und der EU ignorieren, die meisten Länder in Afrika südlich der Sahara jedoch nicht. Aufgrund der von der UNO, den USA und der EU verfolgten Politik haben die traditionellen internationalen Kreditinstitute den Ländern südlich der Sahara die Vergabe von Krediten für mit fossilen Brennstoffen betriebene Elektrizität verweigert.

Es ist unglaublich, dass die UN, die USA und die EU eine Politik verfolgen, die die Armut aufrechterhält und ausweitet, indem sie die Kreditvergabe zur Beseitigung der Armut durch erschweringliche, zuverlässige Energie verweigern, obwohl die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung dies vorsehen:

„Ziel 1: Armut in all ihren Formen überall beenden

Die Beseitigung der extremen Armut für alle Menschen überall bis 2030 ist ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Extreme Armut, definiert als ein Leben mit weniger als 2,15 Dollar pro Person und Tag (Kaufkraftparität 2017), hat in den letzten Jahrzehnten einen bemerkenswerten Rückgang erfahren.“

Die Leiter dieser Organisationen haben kein Schamgefühl.

Zum Glück gibt es einige wenige, die bereit sind, ihre Stimme gegen diese wirkliche Ungerechtigkeit gegen die Menschheit zu erheben, wie unten beschrieben. Siehe <https://ourworldindata.org/grapher/total-population-living-in-extreme-poverty-by-world-region> bzgl. extremer Armut und <https://www.un.org/sustainabledevelopment/poverty/> bzgl. der UN-Ansprüche der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/10/30/weekly-climate-and-energy-news-roundup-574/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

„Das Ende der liberalen Demokratie? – Die Feinde der Freiheit haben die Klimakrise entdeckt“ Autor: Norbert Patzner

geschrieben von Admin | 5. November 2023

eine Rezension

Wenn Komplexität reduziert wird^[1]

Von Felix Dirsch^[2]

Viel ist in den letzten Jahren über das „Klima-Paradigma“ (Ernst-Peter Ruewald) geschrieben worden. Dieses wissenschaftliche Großmodell, das längst zu einer letzten Metaerzählung mutiert ist, die in alle Bereiche des Alltags hineinreicht, ist selbst für Fachleute schwer zu überschauen. Die mit Argusaugen von Klimatologen und Journalisten registrierten Klimaveränderungen haben nicht zuletzt extraterrestrische Ursachen. So sind in spärlicher Auswahl Solarkonstanten, die Variation der Sonnenstrahlung, die Rotation der Milchstraße und Gezeitenkräfte anzuführen.

Weiter relevant sind terrestrische Einwirkungen wie Vulkanismus, Kontinentaldrift, Albedo-Effekt und ozeanische Zirkulation.

Vor diesem multifaktoriellen Hintergrund ist der Geograph Werner Kirstein unlängst zu dem Schluß gekommen: Der Klimawandel sei Realität, Irrtum und Lüge – je nachdem, aus welcher Perspektive man ihn betrachtet. Folglich überrascht es nicht, daß Politiker, Talkshowdiskutanten und Mitarbeiter von Klimainstituten gern auf einfache Weise den gordischen Knoten durchschlagen: Das anthropogene CO₂ ist demnach die Ursache aller Orkane, Hitzewellen und Überflutungen. Die natürlichen Einflußgrößen werden deshalb zumeist vernachlässigt, weil sich aus ihnen keine politökonomische Handlungsagenda ableiten läßt. Gegen solche Komplexitätsreduktion wendet sich der Ingenieur im Ruhestand Norbert Patzner. Er schließt sich einer langen Reihe von Autoren an, die von dem ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus bis zu den Mitgliedern der Denkfabrik EIKE reicht und dem Motto folgt: „Nicht das Klima ist gefährdet, sondern die Freiheit“

Patzners Schrift ist deshalb so lesenswert, weil sie mit fundierten wie verständlichen Argumenten Zweifel an der These vom primär anthropogenen Klimawandel artikuliert; die Irrwege der deutschen Energiepolitik werden klar benannt. Alle wesentlichen Bereiche des „Klimaparadigmas“ berücksichtigt der Autor, darunter das in jedem Smalltalk über den Klimawandel fast unvermeidbare Thema der Gletscherschmelze. Es muß herhalten als besonders sicheres Indiz für die menschengemachte Erderwärmung. Indessen schmolzen etliche bekannte Gletscher schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts, als der CO₂-Ausstoß noch außerordentlich gering war.

Weiterhin scheut der Autor nicht zurück, einige der politischen, ökonomischen und sonstigen Facetten der oft von hysterischen Untertönen begleiteten Globalkontroverse hervorzuheben.

Auch um die von manchen als heikel empfundenen Themen Große Transformation, Neue Weltordnung und die mit dem der Umverteilung des Weltvermögens verbundenen Wohlstandsverluste macht er keinen Bogen. Ein besonders dunkles Kapitel einer angeblich so freien Gesellschaft wie der unseren ist die weitgehende Gleichschaltung der Medien. „Klimaleugner“ – so unsinnig der Begriff ist – dürfte noch die vornehme Variante der Verleumdung sein, in jüngster Zeit hört man vermehrt sogar die

Diffamierung „Klimarassismus“.

Ein noch düsteres Kapitel stellt die gerade in den letzten Jahren immer unverhohlener propagierte Gewalt, etwa seitens der „Klimakleber“ dar; zudem ist die in vielen ökologischen Debatten hervortretende Menschenfeindlichkeit unübersehbar. Ein Demozid als extreme Lösung wird zumindest diskutiert.

Patzner schließt mit einer interessanten Betrachtung über verschiedene Energiequellen. Das Buch zählt zu den wichtigsten Aufklärungsschriften, die in den vergangenen Jahren zur Problematik erschienen sind.

1. Buchbesprechung: OCR-Übertragung aus: „Junge Freiheit“ Nr. 43/23 vom 20. Oktober 2023/Seite 31 ↑
2. Dr. phil. Felix Dirsch (*1967 in Erding) ist ein deutscher katholischer Theologe und Politikwissenschaftler. Von 1994 bis 1996 wissenschaftlicher Assistent von Hans Maier am Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie (RomanoGuardini-Lehrstuhl) der LMU München. Von 1996 bis 1998 war Dirsch als Vertretungslehrer tätig. Neben der Arbeit im Schuldienst wirkte er über einen längeren Zeitraum in der Erwachsenenbildung. 2006 wurde er mit einer Arbeit zum Thema „Solidarismus und Sozialethik. Ansätze zur Neuinterpretation einer modernen Strömung der katholischen Sozialphilosophie“ von der Hochschule für Philosophie München promoviert. November 2023 ↑ Der Beitrag erschien zuerst in der JF 43/23 S 31

Die Reparatur fehlerhafter Unterseekabel machen Offshore-Windenergie (wahnsinnig) teurer

geschrieben von Andreas Demmig | 5. November 2023

Stopthesethings

Wer hätte das gedacht, dass der Versuch, hochentwickelte Maschinen in lebensfeindlichen Meeresumgebungen zu betreiben, ständige, kostspielige Reparaturen und Wartung erfordern würden? Anscheinend hat die Windindustrie dieses Mango übersehen und beginnt erst jetzt, die wahren und wirklich atemberaubenden Kosten für den Betrieb von Windkraftanlagen meilenweit vor der Küste zu berechnen.